

Antrag

der SPD-Fraktion und
der Fraktion DIE LINKE

Fortschreiben. Verbessern. Fördern. Die Umsetzung neuer Leitlinien der Seniorenpolitik.

Der Landtag stellt fest:

Über 562.000 Menschen sind schon heute im Land Brandenburg älter als 65 Jahre, das sind rund 22 Prozent der Gesamtbevölkerung. Bereits jeder Dritte wird ab 2030 in der Mark über 65 Jahre alt sein. Der Anteil der über Achtzigjährigen in der Gesamtbevölkerung wird bis 2030 auf rund 8,8 % steigen.

Frauen und Männer in dieser Lebensphase verfügen über einen großen Erfahrungsschatz. Sie engagieren sich oft ehrenamtlich und sind im Rahmen ihrer Möglichkeiten bereit, die gelebte Vitalität, Mitverantwortung und Solidarität an andere Generationen weiter zu geben und die Gesellschaft weiter aktiv mitzugestalten. In diesem Sinne muss Seniorenpolitik im Land Brandenburg sich als Politik des aktiven Alterns verstehen. Eine moderne Seniorenpolitik muss das Alter in seiner großen Vielfalt in Bezug auf Lebensstile, Wünsche, Einstellungen, aber auch Ressourcen im Blick haben. Es geht darum, der älteren Generation zu ermöglichen, selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und ihnen Rahmenbedingungen für eine aktive Lebensgestaltung bis ins hohe Alter zu schaffen.

Wenn das Land Brandenburg, bedingt durch den demografischen Wandel, sich auch in der Zukunft alten und neuen Herausforderungen stellen will, muss es die Potenziale der älteren Generationen nutzen und aktivieren. Dies gilt für die „jungen“ Alten, von denen sich nicht jede und jeder durch die Einordnung als „Seniorin“ und „Senior“ angesprochen fühlt, als auch für jene, die nicht mehr so aktiv sein können oder wollen, die gesundheitliche Probleme und körperliche Defizite haben. Hier muss moderne Seniorenpolitik ansetzen, die Weichen stellen, Rahmenbedingungen bieten. Dies gilt auch im Zusammenhang mit Fragen, die alle Menschen der älteren Generation beschäftigen, wie zum Beispiel des altersgerechten Wohnraums, einer barrierefreien Infrastruktur, leistungsfähigen und ortsnahen Pflegestrukturen oder der Gewährleistung einer umfassenden gesundheitlichen Versorgung. Hinzu kommen Fragen nach einer erfolgreichen Eingliederung älterer Flüchtlinge aus den verschiedensten Ländern und Regionen.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. die Seniorenpolitischen Leitlinien als Grundlage einer ressortübergreifenden Landespolitik zur Ermöglichung eines aktiven Alterns in Brandenburg fortzuschreiben.

In diese Fortschreibung sind einzubeziehen:

- die seniorenpolitischen Forderungen des Seniorenrates des Landes Brandenburg
 - die Erfahrungen und Berichte der Bundesarbeitsgemeinschaften der Senioren-Organisationen und Seniorenvertretungen
 - die Erfahrungen der Brandenburgischen Seniorenwoche
2. in den fortentwickelten Seniorenpolitischen Leitlinien aktuelle Fragen und Probleme von Seniorinnen und Senioren aufzugreifen. Zu diesen gehören insbesondere:
- die Verbesserung der Lebensqualität der älteren Bevölkerung. Dazu gehören folgende Handlungsfelder:
 - altersgerechtes Wohnen
 - ein sicheres Umfeld/ Kriminalitätsprävention
 - die Gewährleistung einer umfassenden gesundheitlichen Versorgung
 - eine stärkere Einbindung der Pflegepolitik
 - die Schaffung und Erhaltung von Begegnungsmöglichkeiten
 - altersgerechte Anforderungen an den ÖPNV
 - die Veränderung der Medienlandschaft
 - die Berücksichtigung der Vielfalt der individuellen Lebensentwürfe und Lebensbedingungen
 - die Eingliederung älterer Flüchtlinge aus aller Welt
3. die fortgeschriebenen Seniorenpolitischen Leitlinien erneut mit einem Paket konkreter abrechenbarer Maßnahmen zu untersetzen.

Das federführende MASGF wird gebeten, im zuständigen Landtagsausschuss bis spätestens Ende des 4. Quartals 2016 über die Umsetzung dieser Beschlüsse zu berichten.

Begründung:

Den Brandenburger Seniorinnen und Senioren, die bereit sind, ihr Wissen und ihre Erfahrungen in die Gesellschaft einzubringen, gilt es entsprechende Möglichkeiten zu bieten. Bedingt durch den demografischen Wandel kann und muss das Land Brandenburg von dieser „natürlichen Ressource“ profitieren, um sich alten und neuen Herausforderungen zu stellen. Dies gilt auch für weniger aktive sowie gesundheitlich beeinträchtigte Seniorinnen und Senioren. Ihnen muss mit einem umfassenden Angebot an Ideen, Konzepten und Informationen die Angst und die Befürchtungen vor aktuellen Problemen und Herausforderungen der Zeit genommen werden. Eine Fortschreibung und anschließende Umsetzung der Seniorenpolitischen Leitlinien kann dafür der Grundstein sein.

Klaus Ness
für die SPD-Fraktion

Ralf Christoffers
für die Fraktion DIE LINKE